

Deliberative Governancearenen: die Überwindung kooperativer Problemlösungen in der deutschen Parteiendemokratie

König, Mathias; König, Wolfgang

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

König, M., & König, W. (2011). Deliberative Governancearenen: die Überwindung kooperativer Problemlösungen in der deutschen Parteiendemokratie. *Journal für Generationengerechtigkeit*, 11(2), 65-69. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-267512>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Deliberative Governancearenen. Die Überwindung kooperativer Problemlösungen in der deutschen Parteiendemokratie

von Mathias König und Wolfgang König

Zusammenfassung: Die aktuelle Systemlogik des politischen Systems in Deutschland ist die Ursache dafür, dass eine sachorientierte Zusammenarbeit zwischen Regierungsmehrheit und Opposition verhindert bzw. behindert wird. Durch den demografischen Wandel steigt das Medianwähleralter. Parteien orientieren sich dann immer weniger an den Interessen der nachfolgenden Generationen. Bei der Lösung dieses Problems ist das Recht als alleiniges Steuerungsmedium überfordert. Deliberative Governancearenen sind ‚Ermöglichungsräume von Regelungsprozessen‘ deliberativer Kommunikation. Parteien oder Regierungen (aber auch Unternehmen) können diese Governancearenen nutzen, um den Linkage zu ihren Zielgruppen wieder herzustellen und Generationenvertrauen zu ermöglichen. In diesem Beitrag wird im empirischen Teil das Beispiel der deliberativen Governancearena im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform des Landes Rheinland-Pfalz untersucht.

Einleitung und Problemstellung

Die Entscheidungsfindung im politischen System Deutschlands ist durch eine hohe Komplexität gekennzeichnet, denn alle Varianten des verhandelnden Staates sind auf den Konsens zwischen heterogenen legitimierten Partnern angewiesen. Dadurch wird die Problemlösungsfähigkeit bei nicht ausräumbaren Konflikten gelähmt. Der Gene-

rationenkonflikt könnte sich langfristig zu solch einem Konflikt entwickeln, wie sich in der jüngsten Debatte um die Zielgruppen-demokratie zeigt.¹ Schließlich seien Ältere das entscheidende Wählerpotenzial der Zukunft und es sei ihnen in zunehmendem Maße gleichgültig, wie es jungen Familien, Heranwachsenden etc. gehe.² Es muss sich folglich auf faire Verteilungsregeln zum Ausgleich von Vor- und Nachteilen bei Kompromissen verständigt werden. Gefundene Kompromisse erzeugen aber ein – teilweise hoch problematisches – Spannungsfeld zwischen den an der Entscheidung Beteiligten und deren Klienten bzw. Wählern. Dabei geht es nicht um das ‚eherne Gesetz der Oligarchie‘, sondern um unvermeidliche Diskrepanzen der Situationsdeutungen zwischen den an der Entscheidung Beteiligten und denen, die lediglich mit dem Ergebnis konfrontiert werden.³ Zentral ist dann eine gute Begründung der Repräsentanten, weshalb die Wünsche der Repräsentierten nicht bzw. nur teilweise umgesetzt werden konnten.⁴ Jedes demokratische System erfordert den Wettbewerb von politischen Parteien und Parlamentsfraktionen und damit auch bis zu einem gewissen Grad deren Rollenspiel. Die Regierungsmehrheit im Parlament kann kein Interesse daran haben, die Opposition zu stärken und damit ihre Wiederwahl zu gefährden.⁵ Von den Bürgern wird aber erwartet, dass sie die „Scheinwelt der politi-

schen Praxis verstehen und aus Diskussionen Gewinne ziehen, deren Ergebnis bereits feststeht, wenn die Abgeordneten den Sitzungssaal betreten.“⁶ Zusammengefasst ist die aktuelle Systemlogik des politischen Systems die Ursache dafür, dass eine sachorientierte Zusammenarbeit zwischen Regierungsmehrheit und Opposition verhindert bzw. behindert wird.

Generationengerechtigkeit im demokratischen Wohlfahrtsstaat

Alle modernen Gesellschaften werden mit einer Zunahme an Komplexität konfrontiert, die sie bewältigen müssen. Luhmann geht deshalb davon aus, dass auch im politischen System eine Zunahme an Komplexität stattfindet, die im Endeffekt nur durch mehr Demokratie bewältigt werden kann.⁷ Für die repräsentative Demokratie gelten Wahlen als zentrales Legitimierungsinstrument.⁸ Problematisch ist aber das Bild von Demokratie, das durch Wahlkämpfe und Politikerhandeln erzeugt wird. Der Anspruch, im Interesse des Gemeinwohls durch Wahlen legitimiert verantwortlich zu entscheiden, wird nicht eingelöst, weil wichtige, aber zu komplexe Themen im Wahlkampf teilweise unbehandelt bleiben.⁹ Nach liberaler Auffassung hat demokratische Willensbildung hauptsächlich die Funktion, die Ausübung politischer Macht zu legitimieren, während nach republikanischer Auffassung die de-

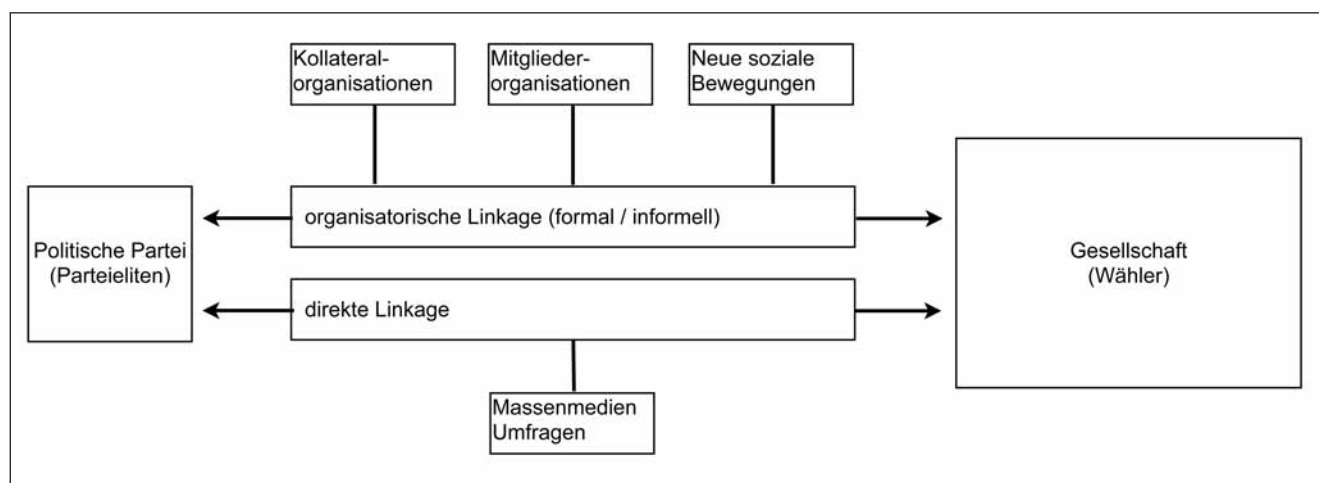


Abbildung 1: Linkage zwischen Parteien und Gesellschaft¹³

mokratische Willensbildung stärker die Funktion hat, die Gesellschaft als ein politisches Gemeinwesen zu konstituieren und die Erinnerung an diesen Gründungsakt mit jeder Wahl lebendig zu halten.¹⁰ Durch die ‚reflexive Modernisierung‘ findet zwar eine Freisetzung des Politischen statt, aber die Institutionen des politischen Systems bleiben bisher nahezu konstant. So ändert sich die Qualität des Politischen innerhalb eines unangetasteten Systembildes. Darauf muss das politische System reagieren.¹¹ Viele Ergebnisse deuten darauf hin, dass Parteien immer weiter erodieren. Es handelt sich aber weniger um eine Krise der Milieus als Folge des Wertewandels, sondern um eine Krise der politischen Repräsentation als Folge einer zunehmenden Distanz zwischen Eliten und Milieus.¹² Idealtypisch sollten die Parteien einen Linkage, also eine Koppelung bzw. ein Bindeglied, zur Gesellschaft herstellen. Die politischen Parteien werden aber gerade

Wenn du Frieden willst, pflege die Gerechtigkeit.
/ Inschrift über dem Haager Friedenspalast /

ihrer Funktion als Mittler zwischen Bürgern und Staat nicht mehr gerecht¹⁴ und dies führt zu einem ‚Linkageverlust‘ der Parteien. Das Demokratieprinzip und die steigende Systemkomplexität verstärken insgesamt die bestehenden Repräsentationsprobleme. Neben der Veränderung der Gesellschaftsstruktur steigen die politisch-gesellschaftlichen Herausforderungen an, die „eine Neueinschätzung der Rolle des Staates sowie der Funktionen und Möglichkeiten staatlicher Institutionen notwendig [machen]. Dabei ist weithin Abschied zu nehmen von den Vorstellungen einer hierarchischen, hoheitlichen Relation zwischen Staat, staatlichen Institutionen auf der einen Seite und abhängigen Steuerungsobjekten in der Gesellschaft auf der anderen Seite.“¹⁵ Neben den gesellschaftlichen Veränderungen muss daher der deutsche Wohlfahrtsstaat zusätzliche Herausforderungen meistern – die teilweise Auswirkungen moderner Gesellschaften sind. Die Finanzierungskrise des Wohlfahrtsstaates gilt dabei maßgeblich als Auslöser der Modernisierung des Staates. Der deutsche Staat steht im internationalen Vergleich für den (sozialen) Frieden in der Gesellschaft, was ihn nicht nur zu ausgleichendem und gewährleistendem Tun zwingt, sondern auch zu gestaltenden Eingriffen.¹⁶

Dies macht deutlich, dass die Stärken und Schwächen des öffentlichen Sektors nicht an die ‚Generationenfrage‘, sondern an die ‚Ökonomiefrage‘ geknüpft sind. Durch die Ökonomie wird die Zielerreichung in den Vordergrund gestellt und das Prinzip der Inklusion scheint gegenüber dem Prinzip der Teilhabe an Bedeutung zu gewinnen.¹⁷ „Es zeigt sich, dass die moderne Demokratietheorie Partizipation sowohl als Mittel (zur Einbindung und Durchsetzung von Interessen) wie auch als Zweck (im Sinne der Selbstverwirklichung durch Beteiligung) begreift und bei ihrer begründeten Forderung nach mehr Partizipation (im Sinne von Beteiligung aller an allen Entscheidungsprozessen) der Frage nach möglichen Grenzen der Demokratisierung zu wenig Beachtung schenkt.“¹⁸

Governance als Perspektive für Generationengerechtigkeit

Reine institutionelle Reformen können das Problem der Generationengerechtigkeit und Blockadepolitik nicht lösen, weil beispielsweise das Recht als Steuerungsmedium durch Ausdifferenzierung und Komplexitätssteigerung überfordert wird. Die in kommunikativem Handeln auftretende Spannung zwischen der Faktizität einer Behauptung und der Einlösung ihres Geltungsanspruches muss demnach auf die Selbstgesetzgebung der Staatsbürger, die Grund der Regeln ist, zurückführbar sein.¹⁹ Demokratie muss folglich von ihrem intendierten Zweck her gedacht werden und nicht nur aus der Institutionenperspektive.²⁰

Demokratie wird dann nicht mehr nur als staatlich-instrumentelle Herrschaftsform verstanden, sondern zugleich als tief in die Gesellschaft und Kultur reichende Form des Zusammenlebens.²¹ (Generationen-)Vertrauen und Gerechtigkeit kann deshalb nur nachhaltig in der Perspektive des sozialen und politischen Zusammenlebens entstehen. Veränderungen von institutionellen Settings müssen deshalb diese Form des Zusammenlebens und -entscheidens unterstützen. Dabei ist es zentral, dass Veränderungen am Institutionendesign nicht in Form von ‚Instrumentenshopping‘ stattfinden, sondern einem integrierten Gesamtkonzept folgen. Die gemeinsamen Ausgangspunkte der verschiedenen Governance-Ansätze sind die Betonung von Systemregeln und Systemeigenschaften, die durch neue Verfahren bzw. Modi soziopolitische Interaktion schaffen, mit dem Ziel, Legitimität und Effektivität zu erhöhen.

Offenheit verdient immer Anerkennung.
/ Otto von Bismarck /

Deliberative Governancearenen

Deliberative Governancearenen sind ‚Ermöglichungsräume von Regelungsprozessen‘ deliberativer Kommunikation, die im Rahmen von Governanceprozessen geschaffen werden und das Ziel haben, eine bestimmte Zielgruppe zu involvieren. Im Vergleich zu klassischen Teilnahmeverfahren geht es nicht um singuläre ‚Events‘, sondern um die Einbindung der Bürger in eine langfristig



Abbildung 2: Wirkungsbereich deliberativer Governancearenen

angelegte prozedurale Regelungskette. Notwendigkeit und Sinn müssen dabei aktiv kommuniziert werden, genauso wie die transparente Ergebnisverwertung. Als Arena wird ein durch institutionelle Regeln definierter Kontext bezeichnet, in dem Akteure zusammenwirken.²² Sie sind damit die Regelungszonen von Verhandlungen zwischen divergierenden Partikularinteressen, die gemeinsam Probleme lösen sollen und zielen damit auf den Kernbereich der Governance-Theorien (vgl. Abbildung 2).

Unter normativen Gesichtspunkten geht es dabei um: Transparenz, Partizipation, Verantwortlichkeit.²³ Deliberative Governancearenen sind dadurch für alle sozialen Systeme anwendbar, wenn sie sich auf die genannten Kriterien berufen möchten. Als Beispiel ließe sich hier das Zusammenspiel von Unternehmensführung und Mitarbeitern anführen. Parteien oder Regierungen können diese Governancearenen nutzen, um den Linkage zu ihren Zielgruppen wiederherzustellen. Bezogen auf parlamentarische Entscheidungsprozesse ermöglichen sie eine professionalisierte Responsivität. Deliberative Governancearenen können dabei ganz unterschiedlich geschaffen werden, sei es durch Wirkungen direkter Demokratie oder unterschiedliche Beteiligungsmethoden.

Empirische Befunde: Deliberative Governancearena im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform des Bundeslandes Rheinland-Pfalz

Die Kommunal- und Verwaltungsreform gehörte zu den politischen Schwerpunkten der rheinland-pfälzischen Landesregierung in der vergangenen 15. Legislaturperiode. Mit der Reform sollte u.a. die Daseinsvorsorge und damit die Ausgestaltung des Zusammenlebens der Generationen nachhaltig verändert werden. Rheinland-Pfalz ging im Kontext dieser anstehenden Kommunal- und Verwaltungsreform den bundesweit einmaligen Weg einer medial breit angelegten und aufwändigen Bürgerbeteiligung. Diese Form der Bürgerbeteiligung startete schon zu Beginn der Reformplanung und nicht erst gegen Ende des Reformprozesses als nachträglich legitimierende Maßnahme. Dies war eine politische Vorgabe des Ministerpräsidenten und das politische Fundament für die deliberative Governancearena. Kommunal- und Verwaltungsreformen sind schwer kommunizierbare, komplexe Verfahren, bei denen es auch um das Problem der Generationengerechtigkeit geht, weil die

Auswirkungen neu geschaffener kommunaler Strukturen insbesondere die Jüngeren betreffen werden. Gerade in der Problemerkennungs- und Planungsphase werden mögliche Konsequenzen und Inhalte medial kaum aufbereitet, da der Nachrichtenwert der Reformen zu dieser Zeit gering ist. Der Nachrichtenwert ist erst dann besonders hoch, wenn die Reformen beschlossen sind und gegen den Widerstand von Betroffenen umgesetzt werden sollen. Deshalb muss die politische Öffentlichkeit in einem Prozess immer wieder hergestellt werden. Die Kommunizierbarkeit hat dabei einen

Wenn Bürger wie Stimmvieh behandelt werden, behandeln diese den Staat wie eine zu melkende Kuh.
/ Jürgen Wilbert /

Doppelcharakter: Demokratische Politik kann nicht allein nur auf Politikvermittlung im Sinne von medienadressierter Politik-Darstellung ‚nach außen‘ reduziert werden, da sich eine Politikvermittlung im weiteren Sinne auch bei der Durchsetzung (Politikherstellung) ‚nach innen‘ zu bewähren hat.²⁴ Die nachfolgende Abbildung verdeutlicht den Zusammenhang zwischen Kommunikation, Beteiligungsparadoxon, Politikherstellung und Politikdarstellung.

zu ‚klassischen‘ institutionellen Verfahren einen geringeren Grad der Verbindlichkeit für politische Entscheider auf. Sie sind aber deutlich verbindlicher als schlichte Bürgerinformationen. Nachfolgend werden die Effekte der in Rheinland-Pfalz eingesetzten dialogorientierten Elemente der deliberativen Governancearena anhand der Planungszellen exemplarisch dargestellt.

Planungszellen als Element der deliberativen Governancearena

In jeder Planungszelle²⁶ arbeiteten im Sommer 2008 vier Tage lang etwa 25 Personen, die durch eine Stichprobe zufällig ausgewählt worden waren. Die Teilnehmer erarbeiteten Lösungsvorschläge zu den Fragenkomplexen, wie eine moderne Kommune und Verwaltung sowie zukunftsfähige Gebietsstrukturen auszusehen hätten und wie das Land Rheinland-Pfalz mehr Bürgernähe und neue Formen der Zusammenarbeit von Staat, Bürgerschaft und Wirtschaft fördern könnte. Zuerst informierten ein oder mehrere Experten zu einer Fragestellung und nach einer kurzen Fragerunde erarbeiteten die Teilnehmer in Kleingruppen Ideen, die sie auf Metaplankarten schrieben. Nach einer kurzen Vorstellung im Plenum erfolgte eine individuelle Bewertung, indem die Teilnehmer durch Klebepunkte ihre Zustimmung zu einzelnen Karten bekundeten

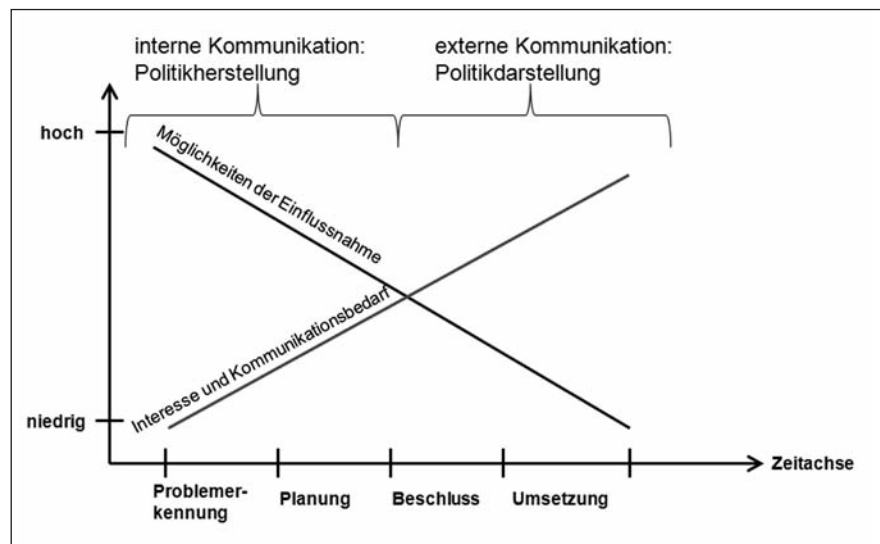


Abbildung 3: Kommunikationsformen im Beteiligungsparadoxon²⁵

Im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz wurde erstmals in dieser Form eine medial breit angelegte ‚deliberative Governancearena‘ eingesetzt. Regionalkonferenzen, Bürgerkongresse und Planungszellen bildeten die erste Stufe der deliberativen Governancearena. Diese Verfahren weisen im Vergleich

konnten. Auf der Grundlage dieser Bewertungen wurde vom Durchführungsträger der ‚Planungszellen‘ ein Bürgergutachten erstellt, das von den Teilnehmern gegengelesen werden konnte. Die Planungszelle wurde im Durchschnitt mit der Note 1,8 (Notenskala von 1 bis 6) von den Teilneh-

mern bewertet. Positive Bewertungen überwogen (bis Schulnote 3). Die schlechteste Note 4 vergaben nur vier von 143 Befragten. Das Arbeiten in diesem Element der deliberativen Governancearena wurde von den Teilnehmern besonders gut bewertet (vgl. Abbildung 4). Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleit-

tungen und Anforderungen an Politik und Administration stellt und andererseits den Bürgern die Chance zur intensiven Beteiligung gibt. Insofern leistet der Prozess selbst einen Beitrag zu einer partizipativen Gestaltung und Modernisierung der Demokratie. Die erste Stufe der deliberativen Governancearena im Rahmen der Kommunal- und

Die Herausforderung für die Landesregierung bestand deshalb darin, die unterschiedlichen Anregungen entsprechend ihrem Versprechen aufzunehmen und im weiteren Reformvorhaben, beispielsweise bei der Gesetzgebung, zu berücksichtigen.²⁹ Alle im rheinland-pfälzischen Landtag vertretenen Parteien wollten zudem die Ergebnisse, die im Rahmen der deliberativen Governancearenen entstanden sind, bei ihren politischen Entscheidungen berücksichtigen. Die zweite Stufe der deliberativen Governancearena diente einer weiteren Konkretisierung. Dies war eine Repräsentativumfrage (N=10.000). Beide Stufen waren zentrale Grundlagen der Vorbereitung der gesetzlichen Regelungen durch den Landtag und wurden im Herbst 2010 beschlossen.

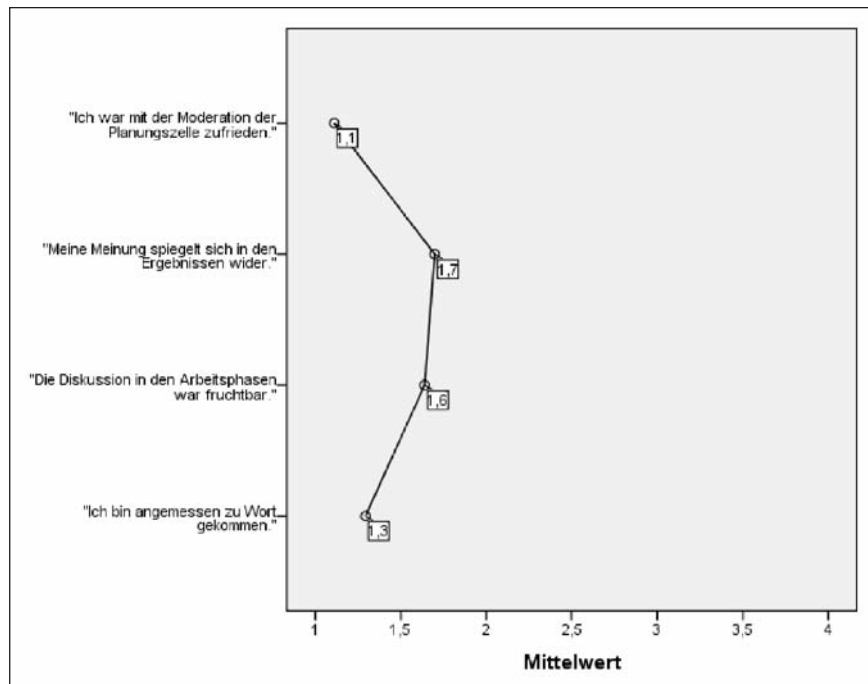


Abbildung 4: Zustimmungen zu Aussagen bzgl. des Arbeitens in der Planungszelle: Skala von 1 bis 4: trifft völlig zu (1) – trifft eher zu (2) – trifft eher nicht zu (3) – trifft gar nicht zu (4)

forschung ließ sich feststellen, dass mit der Intensität der Beteiligungsmethode die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der geschaffenen Governancearena stieg. Die Partizipationsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger war hoch und die Bürger zeigten sich an weiterer Beteiligung im Reformprozess interessiert.²⁷ Zugleich konnte festgestellt werden, dass, obwohl die jüngeren Menschen innerhalb der geschaffenen Governancearenen immer stark unterrepräsentiert waren, die Lösungsvorschläge nicht zulasten der Jüngeren gingen. Die jüngsten Ergebnisse zur Gleichgültigkeit Älterer gegenüber den Bedürfnissen der Jüngeren²⁸ konnten hier nicht bestätigt werden. Im Gegenteil: Generationengerechtigkeit wurde gewissermaßen ‚angeregt‘.

Fazit

Zusammengefasst erweist sich die deliberative Governancearena im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz als innovatives demokratisches Verfahren, das einerseits hohe Erwar-

waltungsreform in Rheinland-Pfalz zeigt, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in die Entwicklung einer Kommunal- und Verwaltungsreform einbinden lassen und durchaus in der Lage sind, sich mit komplexen Fragestellungen zu beschäftigen. Trotz Interesse und großer Aufgeschlossenheit blieben die Bürgerinnen und Bürger aber skeptisch gegenüber der ungewohnt aktiven Rolle, in die sie durch eine deliberative Governancearena gebracht wurden. Dabei bezog sich die Skepsis vor allem auf die Un-

Politiker rechnen so sehr mit der Stimme des Wählers, dass sie nicht dazukommen, sie zu hören.
/ Werner Schneyder /

sicherheit, als ‚beratender Bürger‘ ernst genommen zu werden, verbunden mit der Befürchtung, bei den entscheidenden konkreten Fragen zukünftig nicht mehr angehört zu werden.

Anmerkungen

1. Schirmmacher 2010.
2. Wilkoszewski 2010.
3. Scharpf 1993: 42.
4. Patzelt 1991: 170ff.
5. Benz 1998: 209.
6. Ottfried 1994: 49.
7. Hellmann/Fischer 2003: 13.
8. Sarcinelli 1987: 13.
9. Kaase 2003: 4ff.
10. Habermas 1998: 363.
11. Beck 1993: 214.
12. Braun 2002: 1.
13. Alemann/Andersen 2009: 18.
14. Putnam/Gross 2001: 62f.
15. Sarcinelli 1994: 199.
16. Ellwein 1997: 19.
17. Beichelt 2009: 311.
18. Treiber 1973: 96.
19. Habermas 1998: 57f.
20. Abromeit 2002: 205.
21. Himmelmann 2007: 26.
22. Benz 2004: 126.
23. Mayntz 2006: 16ff.
24. Sarcinelli 2009: 69ff.
25. König/König 2010: 131.
26. Dienel 1991.
27. Sarcinelli/König/König 2009.
28. Wilkoszewski 2010.
29. Sarcinelli/König/König 2009.

Literatur

Abromeit, Heidrun (2002): Wozu braucht man Demokratie? Die postnationale Herausforderung der Demokratietheorie. Opladen: Leske + Budrich.

Alemann, Ulrich von / Andersen, Uwe (2009): Parteien, Parteiensystem, Parteienforschung. Schwalbach: Ts. Wochenschau-Verlag.

Beck, Ulrich (1993): Die Erfindung des Politischen. Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Beichelt, Timm (2009): Deutschland und Europa. Die Europäisierung des politischen Systems. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Benz, Arthur (1998): Postparlamentarische Demokratie? Demokratische Legitimation im kooperativen Staat. In: Greven, Michael Th. (Hg.): Demokratie - eine Kultur des Westens? 20. Wissenschaftlicher Kongress der DVPW. Opladen: Leske + Budrich, 201-222.

Benz, Arthur (2004): Multilevel Governance - Governance im Mehrebenensystem. In: Benz, Arthur (Hg.): Governance - Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 125-146.

Braun, Sebastian (2002): Soziales Kapital, sozialer Zusammenhalt und soziale Ungleichheit. Integrationsdiskurse zwischen Hyperindividualismus und der Abdankung des Staates. <http://www.bpb.de/publikationen/6ME8WR.html>. Abgerufen am 24.12.2009.

Dienel, Peter C. (1991): Die Planungszelle. Der Bürger plant seine Umwelt. Eine Alternative zur Establishment-Demokratie. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Ellwein, Thomas (1997): Der Staat als Zufall und als Notwendigkeit. Die jüngere Verwaltungsentwicklung in Deutschland am Beispiel Ostwestfalen-Lippe. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Habermas, Jürgen (1998): Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Hellmann, Kai-Uwe / Fischer, Karsten (2003): Niklas Luhmanns politische Theorie in der politikwissenschaftlichen Diskussion. In: Hellmann, Kai-Uwe / Fischer, Karsten / Bluhm, Harald (Hg.): Das System der Politik: Niklas Luhmanns politische Theorie. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 9-16.

Himmelfmann, Gerhard (2007): Durch Demokratie-Lernen zum Demokratiebewusstsein. In: Lange, Dirk / Himmelfmann, Gerhard (Hg.): Demokratiebewusstsein. Interdisziplinäre Annäherungen an ein zentrales Thema der Politischen Bildung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 26-40.

Kaase, Max (2003): Die Bundesrepublik Deutschland nach der Bundestagswahl 2002 – Überlegungen eines Wahlsoziologen. In: Politische Vierteljahresschrift (PVS), Jg. 44, 3-9.

König, Mathias / König, Wolfgang (2010): Politische Kommunikation durch regierungsinitiierte Bürgerpartizipation? Die politische Kommunikation im Kontext der Bürgerbeteiligung im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz. In: Mok, Kathrin / Stahl, Michael (Hg.): Düsseldorfer Forum Politische Kommunikation. Beiträge des 5. Düsseldorfer Forums Politische Kommunikation. Berlin: Frank & Timme, 129-148.

Mayntz, Renate (2006): Governance als fortentwickelte Steuerungstheorie. In: Schuppert, Gunnar Folke (Hg.): Governance-Forschung. Vergewisserung über Stand und Entwicklungslinien. Baden-Baden: Nomos, 11-20.

Ottfried, Henning (1994): Parlamente und Öffentlichkeit. In: Sarcinelli, Ulrich (Hg.): Öffentlichkeitsarbeit der Parlamente. Politikvermittlung zwischen Public Relations und Parlamentsdidaktik. Baden-Baden: Nomos, 49-53.

Patzelt, Werner J. (1991): Neuere Repräsentationstheorie und das Repräsentationsverständnis von Abgeordneten. In: Zeitschrift für Politik 2, 166-199.

Putnam, Robert D. / Gross, Kristin A. (2001): Einleitung. In: Putnam, Robert D. (Hg.): Gesellschaft und Gemeinsinn: Sozialkapital im internationalen Vergleich. Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung, 15-43.

Sarcinelli, Ulrich (2009): Politische Kommunikation in Deutschland. Zur Politikvermittlung im demokratischen System. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Sarcinelli, Ulrich / König, Mathias / König, Wolfgang (2009): Bürgerbeteiligung im Rahmen der Kommunal- und Verwaltungsreform in Rheinland-Pfalz. Gutachten zur ersten und zweiten Stufe der Bürgerbeteiligung Oktober 2007 – September 2009. Mainz/Landau: Staatskanzlei und Ministerium des Inneren und für Sport Rheinland-Pfalz. <http://www.uni-koblenz-landau.de/landau/fb6/sowi/ipw/publikationen/gutachten-online.pdf>. Abgerufen am 22.11.2010.

Sarcinelli, Ulrich (1994): Parlamentarische Wirklichkeit als Politikvermittlungsaufgabe.

Zwischen medienadressierter Öffentlichkeitsarbeit und Parlamentsdidaktik. In: Furtak, Robert K. (Hg.): Politik und Bildung als Zukunftsgestaltung. Festschrift für Günter Bals zum 65. Geburtstag. Landau: Knecht, 197-220.

Sarcinelli, Ulrich (1987): Symbolische Politik. Zur Bedeutung symbolischen Handelns in der Wahlkampfkommunikation der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Scharpf, Fritz W. (1993): Versuch über Demokratie im verhandelnden Staat. In: Czada, Roland / Lehbruch, Gerhard (Hg.): Verhandlungsdemokratie, Interessenvermittlung, Regierbarkeit: Festschrift für Gerhard Lehbruch. Opladen: Westdeutscher Verlag, 25-50.

Schirmacher, Frank (2010): Angriff auf die Zukunft. Roland Kochs Wette. www.faz.net. Abgerufen am 17.05.2010.

Treiber, Hubert (1973): Widerstand gegen Reformpolitik. Institutionelle Opposition im Politikfeld Strafvollzug. Düsseldorf: Bertelsmann.

Wilkożewski, Harald (2010): Age Trajectories of Social Policy Preferences. Support for Intergenerational Transfers from a Demographic Perspective. Rostock: Max Planck Institute for Demographic Research.



Beide Autoren, Mathias und Wolfgang König, sind Diplom Sozialwissenschaftler und wissenschaftliche Mitarbeiter am Institut für Sozialwissenschaften, Abteilung Politik der Universität Koblenz-Landau, Campus Landau sowie am Institut für Kommunikationspsychologie, Medienpädagogik und Sprechwissenschaft (IKMS).

Kontaktadressen:
Universität Koblenz-Landau, Campus Landau, Kaufhausgasse 9, 76829 Landau
koenig-mathias@uni-landau.de
bzw. koenig-wolfgang@uni-landau.de